

Die Etzche

Erscheint alle 14 Tage.
Biertelj. Verkaufspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Etzche“, Berlin
N.D. 55, Greifswalder
Straße 222

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 1/2

Berlin, den 11. Januar 1929

40. Jahrg.

Verantwortung
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Etzche“ an P. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin, N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 39321 beim Postfachamt Berlin N.W. 7.

Verantwortung
Alexander 4719

Herzlichen Glückwunsch

zum neuen Jahre sendet allen Mitgliedern

Der Hauptvorstand
des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter
Deutschlands.

Rückblick und Ausblick.

Wieder ist ein Jahr in das Meer der Vergangenheit gesunken, und wir legen uns die Frage vor: Was hat es uns gebracht an Hoffnungen und Enttäuschungen? Bei Beginn des nun verfloffenen Jahres war die Zahl der Erwerbslosen zwar immer noch erheblich, doch war sie wesentlich niedriger wie im Vorjahre. Die Wünsche gingen allgemein dahin, daß im Laufe des Jahres die Beschäftigungsmöglichkeiten sich noch steigern möchten, damit die Kollegen etwas froher in die Zukunft blicken könnten. Diese Wünsche haben sich nicht erfüllt, die Depression auf dem Arbeitsmarkt ist noch stärker geworden. Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen war die Signatur des dahingegangenen Jahres, die sich am Schlusse des Jahres besonders stark bemerkbar machte.

Trotz dieser anscheinend nicht günstigen Wirtschaftslage haben die Arbeitnehmerorganisationen den ernsthaften Versuch unternommen, die Lage ihrer Mitglieder aufzubessern. Das ist nicht reibungslos verlaufen, es ist vielmehr zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Der umfangreichste Kampf wurde in der nordwestlichen Eisenindustrie ausgefochten. Hier richtete sich der Machtwille der Unternehmer mit aller Schärfe gegen den Staat und gegen die Gewerkschaften. Die bei diesem Kampfe hervorgerufenen Begleiterscheinungen haben die Vertreter des Arbeiterrechts auf den Plan gerufen, um Vorbeugung zu treffen, die Lücken in der mangelhaften Gesetzgebung auszufüllen, damit Kämpfe in derartigem Umfange möglichst vermieden werden. In das neue Jahr hinüber genommen werden mußte der Kampf auf den Seeschiffswerften. Hier stehen die Kollegen schon 13 lange Wochen im erbitterten Kampfe um ihre Rechte zu wahren. Gleich den Arbeitgebern in der Eisenindustrie versuchten auch die Textilfabrikanten den Arbeitnehmern ihren Willen aufzuzwängen. Auch im Schneidergewerbe ist es zu einem längeren Kampfe gekommen. In fast allen Berufen ist es infolge der wirtschaftlichen Nöte zu kleineren oder größeren Auseinandersetzungen gekommen. Im Holzgewerbe mußten die Stettiner Kollegen einen 16 Wochen langen Kampf um die Anerkennung des Mantelvertrages ausfochten. In der Berliner Musikinstrumentenindustrie waren die Löhne erheblich hinter denen der Holzindustrie zurückgeblieben. Alle Versuche eine gütliche Verständigung herbeizuführen, scheiterten an der Ablehnung der Unternehmer, so kam es auch hier zu einem schweren Kampfe, der auch erst nach 13 Wochen beendet werden konnte. Gleichfalls muß erwähnt werden, daß die Holzarbeiter wiederholt in die Kämpfe in der Metallindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Bei allen diesen Kämpfen, haben die Gewerkschaften aller Richtungen es verstanden, die Rechte der Arbeitnehmer zu wahren. Getrennt marschieren, vereint schlagen war die Parole auch des verfloffenen Jahres. Wo in einzelnen Berufen, wie im Bädergewerbe diese Parole nicht befolgt wurde, wo die freien Gewerkschaften glaubten, allein ihren Willen durchzusetzen, machten sich die unliebsamen Folgen bald bemerkbar. Hoffentlich ziehen die Betroffenen ihre Lehren daraus.

Wirft man nun die Frage auf, ob die bisher vor den Arbeitnehmern angewandte Taktik den gewünschten

Erfolg gebracht hat, so wird man zugeben müssen, daß sich so manches gebessert, vieles noch unterblieben ist, die Arbeitnehmerorganisationen heute jedoch Machtfaktoren im Wirtschaftsleben darstellen, die von keiner Seite übersehen werden können.

Wenn manche Aufbesserung unterblieben ist, so darf nicht übersehen werden, daß wir 1918 nach Beendigung des Krieges vor einem vollständigen Trümmerhaufen standen. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft konnte nur in langsamer aber zielbewusster Arbeit vor sich gehen. In dieser zähen Aufbauarbeit hat sich so recht die Größe und Stärke der Arbeitnehmerorganisationen bewährt. Die Erziehungsarbeit dieser Organisationen ist es in erster Linie, die diese kaum zu bewältigende Arbeit ermöglicht hat. Hat man schon während des Krieges dieser Erziehungsarbeit von der Parlamentarischen rühmende Anerkennung gezollt, so trat die volle Größe erst beim Wiederaufbau in vollem Umfange hervor. Die Arbeitnehmerorganisationen waren das Fundament, auf das sich die Regierung beim Wiederaufbau stützen konnte. Es wird immer ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung bleiben, daß die Führer dieser Bewegung fast ausnahmslos ihre Kräfte dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellten. So mancher von ihnen hat dabei sein Leben aufs Spiel gesetzt. Die Kollegen in den besetzten Gebieten am Rhein und an der Ruhr werden am besten den Maßstab für die Beurteilung dieser Sachlage anlegen können. Wir dürfen auch nicht übersehen, wie in jener Zeit erhebliche Kräfte ihre eifrige Propaganda für die Idee der „Weltrevolution“ entfaltet. Der Boden für die Verwirklichung dieser Idee war durch die Drangsalen und standalösen Vorgänge während des Krieges stark geebnet. Hier zeigte sich, daß die jahrzehntelange Erziehungsarbeit der Gewerkschaften aller Richtungen vor dem Kriege nicht nutzlos gewesen ist. Sie bildete jetzt den Grundpfeiler für den weiteren Aufbau, die Erfüllung der gegenwärtigen Aufgaben war hier zunächst das Gebotene.

Wenn heute oberflächliche Kritiker auf die ohne Zweifel noch vorhandenen schwachen Stellen innerhalb der Arbeiterbewegung hinweisen, so wird mit oder ohne Absicht übersehen, daß die Inflation auch sämtlichen Gewerkschaften einen Schlag versetzte, von dem sie sich nur langsam erholen konnten. Auch hier zeigte sich die wahre Größe der Bewegung, indem diese Drangperiode so manches Gebäude restlos zerstört hat, aber nicht vermocht hat, das Fundament der Gewerkschaften zu erschüttern. Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gilt nach wie vor mit als eine der ersten Aufgaben der Arbeiterbewegung, wobei den politischen Vorgängen stets erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Das gleiche gilt für die Frage der Wirtschaftsdemokratie. Gerade letzte Frage hat im verfloffenen Jahre im Mittelpunkt der Betrachtungen gestanden. In einer Schrift „Der werdende Wirtschaftsbürger“ stellt Max Rössiger vom G.D.M. außerordentlich interessante Betrachtungen darüber an. In einer Stelle bemerkt er:

Die Wirtschaft befindet sich in einer geistigen Krise! Das ist auch die Erklärung dafür, warum jetzt auf Tagungen aller Art und in den Zeitungen die Erörterungen über den Wirtschaftsgeboten und Wirtschaftsprobleme im Vordergrund stehen. Dabei spielt der Begriff der Wirtschaftsdemokratie eine überragende Rolle. Es fehlt auch nicht an Versuchen, diesen Begriff bis ins Einzelne zu erläutern. Daraus entsteht die Gefahr, daß das Verlieren in Einzelheiten, die immer strittig sein werden, vom Kern ablenkt.

Wirtschaftsdemokratie ist die Summe der Maßnahmen, die den Zweck haben, die Arbeitnehmer mitbestimmend und mitverantwortend mit allen Wirtschaftsvorgängen zu verpflichten. Der Volksstaat muß so seinen Arbeitsbürgern das Bewußtsein der Mitgestaltung verschaffen. Diese Verpfichtung muß in den Betrieben beginnen, sich in der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Körperschaften (Handels-, Industrie- und Gewerkschaften usw.) zu Gemeinschaftsorganen zeigen und sich auch auf das Kartellwesen und die ganze allgemeine staatliche Wirtschaftspolitik (Steuer-, Zoll- u. d. Handelsvertragsfragen usw.) erstrecken. Dazu tritt das Gebiet der planmäßigen Sozialpolitik zum besonderen Schutz der Lebensgrundlagen der Arbeitnehmer.

Von dem Grad dieser Verflechtung mit dem Wirtschaftsprozess hängen Arbeitsfähigkeit, Arbeitsfreude und Kultur-niveau des Arbeitmenschen ab. Nur für Kurzsichtige sind das imaginäre Begriffe. Der Wirtschaftspolitiker muß genau so mit ihnen rechnen, wie mit Rohstoffen, Fabriken und Maschinen.

In jedem Menschen schlummert die Freude an schöpferischer verantwortlicher Arbeit. Diese Freude durch Einräumung des Rechtes auf Mitgestaltung und Mitverantwortung zu wecken, ist die größte Aufgabe eines modernen Gesellschaftsstaates. Wer sich in den Gedanken der Freimachung aller geistigen, positiven Kräfte der Masse des Volkes vertieft, erkennt auch, daß es sich in der Demokratisierung der Wirtschaft nicht um eine einfache Ubergangserscheinung zu einem bestimmten Wirtschaftssystem, etwa des sozialistischen, handelt. Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie hat, das muß mit Nachdruck betont werden, die Freimachung aller individuellen Kräfte zum Ziel und bezweckt darum durchaus nicht die möglichst schnelle Ueberleitung möglichst vieler Wirtschaftsbetriebe in staatliche Hände. Im Gegenteil, je höher durch wirtschaftsdemokratische Selbstziehung das Kulturniveau aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten steigt, um so unbürokratischer kann auch der staatliche Aufsichts- und Verwaltungsdienst sein. Die Wirtschaftsdemokratie formt also auch die Staatsbürokratie um. Die Aufforstung von Mitbestimmung und Mitverantwortung gestattet die Abriistung vieler hierarchischer Verwaltungsbeirathungen. Mit der übersehten Verwaltungsstaat ist das Ziel der Wirtschaftsdemokratie, sondern der Volksstaat, in dem die gegenseitige Anerkennung der Rechte der einzelnen Volksschichten ein Mindestmaß staatlicher Verwaltungsarbeit und Beaufichtigung gestattet.

Die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie im einzelnen ist eine sekundäre Frage. Ueberhöhung von Einzelheiten bringt die Gefahr der Spaltung und Erstarrung. Der wirtschaftsdemokratische Gedanke aber muß eine Bewegung bleiben. Weil in ihm ein Stück Weltanschauung steckt, muß sein Inhalt, um die Massen zu entzünden, immer auf die einfachste Formel gebracht werden. Es ist ein Kulturkampf in des Wortes wirklicher Bedeutung.

Der Verfasser dieses Werkes, auf das wir an anderer Stelle besonders aufmerksam machen, behandelt dann in einzelnen Abschnitten die obige Frage. Das Material ist so wertvoll, daß wir die Anschaffung dieses Buches allen Ortsvereinen nur dringend empfehlen können.

Auch sonst hat das verfloffene Jahr so manchen sozialpolitischen Fortschritt gebracht, auf den wir hier heute nicht näher eingehen können, auf jeden Fall haben wir Gewerkschaften gemeinsam mit den andern Gewerkschaften alles versucht, um die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Wenn wir sagen können, der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands bewegt sich in aufsteigender Linie, so haben wir als Arbeiterorganisation unser Teil mit dazu beigetragen. Es gibt leider immer noch Leute, die programmäßig eine gewisse Mißgunst betreiben. Das sind in der Regel Personen, die die meiste Zeit im Jahre in den Bädern und sonstigen sonnigen Plätzen verbringen, während die deutsche Arbeiterchaft in intensiver Arbeit den Wiederaufstieg Deutschlands herbeiführen will. Niemand verkennet, daß die Lasten des von uns verlorenen und einst so ruhmvol begangenen Krieges juchter sind. Zuerst und Zinsfuß hemmen den Wiederaufstieg. Die „Berliner Volkszeitung“ hat ohne Zweifel recht, wenn sie schreibt: Aber es ist doch eine falsche Taktik, wenn die Presse der Satten und Großen jeden Tag ihr Jammerlied aufstimmt, das ihr niemand mehr glauben kann. Die Herrschaften wiegen sich in dem Wahn, daß dieses Gejammer unsere internationale Lage bei den kommenden Reparationsverhandlungen verbessern könnte. Dabei braucht man nur einmal den letzten Bericht des Reparationsagenten zu lesen, um klar zu erkennen, daß das Ausmaß unserer wirtschaftlichen Lage vollkommen im Bilde ist. Der ernsthafte Sachkenner hat nie die Methoden unserer Nationalisten beständig ein mitleidiges, zumeist aber ein verächtliches Lächeln. Statt von der ruinierten Landwirtschaft, dem verlorenen Mittelstand und der bankrotten Industrie zu klagen, sollte die deutsche Presse lieber einmal von der ungeheuren Not der Soldaten und

Jüttens Schiedspruch.

„Das gegenwärtig geltende Lohnabkommen bleibt weiter in Kraft mit folgender Maßgabe: 1. Der Entlohnung als solcher bleibt unverändert. Zum Verdienst der Stundenlöhner über 21 Jahre tritt jedoch vom 1. November 1928 ab eine feste Zulage von 6 Pfg. Bei den weiblichen und jugendlichen Arbeitern stuft sich diese Zulage nach den entsprechenden Hundertsätzen der Lohnabelle ab. 2. Die Akkord- und Prämienarbeiter erhalten vom gleichen Zeitpunkt an neben dem sogenannten Zeitzuschlag von 21 Pfg. eine feste Zulage von 2 Pfg. die Stunde.“

Um auch die Durchführung des Schiedspruches von vornherein zu gewährleisten, war Minister Severing so weise, sich die Unterschriften unter den Schiedspruch von den Parteien geben zu lassen, ohne daß dieser den Vertrag kammen. Eine Vorläufigkeitsmaßnahme, die angesichts der von uns bereits gekennzeichneten Zielsetzung der Unternehmer nicht überflüssig war und eine Wiederholung der Vertragsverletzung, wie bei dem Jütten Spruch, unmöglich machte. Der Schiedspruch selbst ändert, wie der Vergleich zeigt, die ursprünglich für alle Lohnarbeiter gleichmäßig vorgegebene Zulage von 6 Pfennig derart um, daß nur die schlecht entlohten Arbeiter diese ganze Zulage erhalten und im übrigen eine Abstufung der Zulage nach der Höhe des bisher erzielten Verdienstes vorgenommen wird. Also eine Verlässlichmachung sozialer Gesichtspunkte, die den Nachdruck auf die schlechten Verdienste der unteren Tarifschichten legt. Eine grundlegende Milderung bringt Severings Schiedspruch für die Akkordarbeiter, die nimmehr keine feste Zulage erhalten, sondern eine Garantie für ihren Akkordverdienst. Während es bisher im Rahmenvertrag hieß, daß die Akkorde so angelegt werden sollen, daß ein Arbeiterverdienst von 10 Prozent erzielt werden kann, heißt es nun, daß ein Arbeiterverdienst von 15 Prozent erzielt werden muß. Das ist gegenüber dem früheren Zustand immerhin ein Fortschritt, weil man es früher erleben konnte, daß trotz der Bestimmungen des Rahmenvertrages die Akkordarbeiter mal nicht mehr verdienen konnten als ihren nackten Tariflohn. Und das trotzdem die betreffenden Arbeiter ihre ganze Kraft und ihr ganzes Können für die Erzielung eines anständigen Verdienstes eingesetzt hatten. In den Bestimmungen über die Arbeitszeit geht die Entscheidung Severings über den Schiedspruch Jüttens hinaus. Einesteils wird das durch den Ablauf der Arbeitszeitbestimmungen angeregt, aber man geht wohl nicht fehl, diese Regelung als Ausgleich für die Minderungen in der Lohnfrage anzusehen. Begrüßungswert an den neuen Bestimmungen über Arbeitszeit ist, daß die Arbeiter mit der längsten Arbeitszeit und der schwersten Arbeit, die Leute, die über 60 Stunden in der Woche arbeiten müssen, eine Verkürzung der Arbeitszeit erfahren, auf 57 Stunden in der Woche und weitere Kategorien, wie die Arbeiter in den Gießereien, Schweißereien auf 52 Stunden. Dabei soll der Lohnausgleich wie bei der letzten Arbeitszeitverkürzung durchgeführt werden.

Bei aller Kritik, die man mit Recht an dem Schiedspruch von Severing üben kann, muß doch berücksichtigt werden unter welcher schwierigen Verhältnissen die ganze Sachlage entstanden ist. Unverständlich erscheinen die Ausführungen in den Blättern der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, in denen man den Severingschen Schiedspruch in allen Phasen besonders lobend hervorhebt. Wir sind die letzten, die gegen die Person Severings irgend einen Vorwurf erheben wollen, ja, wir sind sogar der Ansicht, daß die Vohhudelei seiner Genossen seinem inneren Wesen widerspricht, denn das muß zugegeben werden, daß der von Severing gefällte Schiedspruch einen aus den Verhältnissen geborenen Wechselbalg darstellt, an dem die Arbeitnehmer am allerwenigsten eine Freude haben.

Für uns als Gewerkschaften kommt es nun darauf an, aus diesem Kampfe unsere Lehren zu ziehen, denn der ganze Kampf enthält Vorkommnisse, die bisher bei keiner Bewegung zu verzeichnen gewesen sind.

Zunächst hat diese Bewegung einwandfrei den Beweis geliefert, daß auch in der deutschen Republik noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird und wir von der Gleichberechtigung weit entfernt sind. Wir erinnern nur an die Vorgänge in Sachsen und Hamburg, wo auf Antrag der Arbeitgeber die Gerichte in wenigen Tagen eine einseitige Verkürzung erließen, in der den beteiligten Gewerkschaften unter schwerer Strafandrohung und Haftung für alle Schäden verboten wurde, an die betreffenden streikenden Arbeiter Unterstützung zu zahlen. Im Ruhrkampf werfen noch kaum ein Dutzend Unternehmer trotz eines rechtsverbindlich erklärten Schiedspruches fast eine Viertelmillion Arbeiter auf die Straße, hindern sie damit am Arbeitsprozeß, ohne daß ein Staatsanwalt oder eine Regierung dazu überging rechtlich einzugreifen. Diese Vorgänge dürfen nicht mehr aus dem Gedächtnis der Arbeitnehmer entwandern, müssen vielmehr dazu dienen dem Kampf auf Gleichberechtigung erhöhte Bedeutung zuzumessen.

Des Weiteren muß hervorgehoben werden, daß unsere Staatsautorität einen argen Stoß erlitten hat. Ein Mitglied der Reichsregierung, der sozialdemokratische Arbeitsminister Wiffel prüft in sachlicher Weise den für die Eisenindustrie gefällten Schiedspruch, hält ihn für beide Teile tragbar und spricht die Rechtsverbindlichkeit aus. Damit war ein staatlicher Hoheitsakt vollzogen, an dem keiner rütteln darf. Für die Eisenbahn gibt es keine

Staatsautorität, sie sind die Herrscher in ihrem Reich, sie sperren trotzdem lustig aus.

Dies Machtbewußtsein wird bestärkt, indem ein anderes Mitglied der Regierung, der sozialdemokratische Innenminister Severing mit Zustimmung der Reichsregierung das Amt übernimmt, den von seinem Kollegen, dem Reichsarbeitsminister für rechtsverbindlich erklärten Schiedspruch beiseite schiebt, und einen neuen bindenden Spruch fällt.

Dieser Vorgang verdient festzuhalten zu werden, er erfährt auch durchaus dadurch keine Abschwächung, wenn man die ganzen Verhältnisse in weitestem Maße berücksichtigt. Diese Feststellungen beleuchten blühartig die heutigen Zustände und haben die Vorgänge, trotz der gebrachten hohen Opfer, das eine gute gebracht, daß das öffentliche Gewissen wach gerufen wird nachzudenken, welche Wege beschritten werden müssen, um aus dem Machtverhältnis in ein Rechtsverhältnis zu gelangen. Wie wir hören, beschäftigt sich unsere Spitzenorganisation, der Gewerkschaftsring bereits sehr ernst mit dieser Frage. Es erscheint einfach für die Dauer untragbar, daß trotz der 3. J. bestehenden Rechtsverhältnisse kaum ein Dutzend Unternehmer Tausende von Familienvätern brotlos machen, die ganze Wirtschaft teilweise lahm legen kann, ohne daß diese Männer verantwortlich gemacht werden können. Wenn dieser Kampf Wege für eine größere Rechtsicherheit öffnen würde, dann wären die gebrachten Opfer nicht umsonst gebracht. Unsere Kollegen müssen weiter daran denken, daß das große Heer der Unorganisierten wie ein Kleingewind das Vorgehen der drei Metallarbeiterverbände erzwinge. Der organisierte Arbeiter verlangt Rechte und keine Wohlthaten. Dieser Kampf muß ein ständiger Mahnruf an alle Kollegen sein, dauernd für den Ausbau seiner Organisation Sorge zu tragen.

Soll ich den kaufmännischen Beruf ergreifen?

Auflärende Worte für die Jugend des letzten Schuljahres. Wie sieht der Buchhalter aus?

Er ist eine der wichtigsten Personen im Geschäft. Was er tut? Nun, der Name sagt es: er hält, d. h. er führt Buch! Denke an dein Taschengeld, das du von Hause bekommst. Du mußt eine Woche oder auch gar einen Monat damit langem. Was mußt du nicht alles damit anfangen: Auf der Straßenbahn fahren, Schulhefte kaufen, ein Geschenk für den Vater, der im nächsten Monat Geburtstag hat, ins Schwimmbad gehen, und schließlich soll auch noch etwas auf die Sparkasse kommen. — Du wirst dein Geld einteilen, keine unnützen Ausgaben machen und dir vor allen Dingen ein Büchlein anlegen, in dem du genau über Eingaben und Ausgaben Buch führst und täglich dein Bargeld nachzählst. — So bist du schon ein kleiner Buchhalter!

Oder denke an die Mutter, die mit dem Wirtschaftsgeld, das sie vom Vater bekommt, einen ganzen Monat für Nahrung usw. sorgen muß. Wie muß sie das Geld zusammenrechnen und sich den Kopf zerbrechen, damit sie nur unbedingt Notwendiges kauft und mit dem Geld ausreicht. Auch sie führt fleißig Buch, rechnet täglich ihr Geld nach und prüft am Ende des Monats jede Ausgabe, um zu erwägen, ob sie im nächsten Monat dies noch unterlassen oder jenes mehr anschaffen kann. — Auch sie ist eine „Kollektin“ des echten und richtigen Buchhalters.

Das wirkliche Geschäft ist nun auch eine Art Haushalt. Die Mehrzahl dieser Sachen muß unter verschiedenen Gesichtspunkten, also mehr als einmal in die Bücher eingetragen werden, damit der Geschäftsgang, die Unkosten, die Gewinne usw. besser überblickt werden können. — Der Buchhalter muß auch dafür sorgen, daß die Rechnungen der Lieferanten zur rechten Zeit bezahlt, daß die Kunden zur rechten Zeit an die Begleichung ihrer Rechnungen gemahnt werden, daß an die faulen Zahler die Forderungen eingestellt werden usw. — Auch die Löhne für Arbeiter und Angestellte müssen entsprechend in die Bücher eingetragen werden.

Die Steuern müssen verbucht und an die Finanzämter weitergeleitet werden. Der Buchhalter muß also eine Anzahl von gesetzlichen Bestimmungen über das Steuerwesen usw. im Kopf haben und berücksichtigen.

Seine Geldentat aber ist in jedem Jahre der Jahresabschluss, die Bilanz. Tausende von Zahlenkolonnen marschieren auf. Wie bei einer großen Parade. Alles muß in Reih' und Glied stehen. Keine Unordnung. Und am Ende dann das Ergebnis der Jahreswirtschaft. Bis auf den letzten Heller muß alles stimmen. Ist bei den Tausenden von Buchungen nur eine Zahl verkehrt geschrieben, so ergeben sich Fehler. Und Fehler darf es nicht geben. Ist nur eine der vielen Buchungen falsch ausgeführt worden — ein kleines Versehen oder eine irrtümliche Überlegung —, so geht die Schlussrechnung nicht auf. Dann geht es los mit dem Fehlerhücheln; Zahl auf und ab, Seite um Seite, Buchung um Buchung, bis endlich Klarheit herrscht.

Der Jahresabschluss muß aber auch verwertet werden. Wie bei dem Beispiel der Hausfrau wird jetzt auch der gute Buchhalter Fehler und Mängel in der Wirtschaftsführung des Betriebes aufdecken und seiner Geschäftsleitung melden bzw. entsprechende Vorschläge machen.

Das moderne Kontor ist aber auch mit komplizierten Buchhaltungsmaschinen ausgerüstet. Auf diese gilt es, sich einzustellen. Die Maschinen beschleunigen das Arbeitstempo, vervielfachen den Denkprozeß der Einzelleistungen im Gegensatz zur früheren „maschinellen“ Zeit und verlangen also eine besondere Wendigkeit und Beherrschung der Grundtatsachen der Buchhaltung. Das Denken wird ihm dabei zugunsten rein „mechanischer“ Arbeit nicht erpart, sondern mangelmäßig sogar geübt.

Ja, was muß nun wohl der zukünftige Buchhalter für besondere Eigenschaften in sich vereinen? Er muß

1. ein durch und durch wirtschaftlich veranlagter Mensch sein, der mit dem, was er besitzt, sehr sparsam umgeht;
2. ein guter Rechner, darüber hinaus ein richtiger Zahlenmensch sein, der sich für Zahlen begeistert und in Zahlen leben kann;
3. die Ordnung, Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit selbst sein; dabei aber einen „weiten“ Blick haben;
4. eine leserliche Handschrift besitzen.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat über alle diese Fragen eine kleine Schrift herausgegeben, die als wertvoller Ratgeber dienen kann.

Momentaner, der Erwerbslosen und der Arbeitslosen sprechen. Wirkliche Not herrscht bei den arbeitenden Arbeitern und Arbeitenden in allen Kreisen der unteren Schichten, gleichwohl ob sie Beamte, Angestellte oder Arbeiter sind. Wir haben ein ungeheures, unersetzliches Proletariat, und von den selbstständigen Erwerbslosen im Mittelstand ist es gerade der Kleinbetriebe, der am schwersten zu kämpfen hat, weil für ihn heute der Kredit so gut wie ganz abgedreht ist. Hier muß eine besondere Stimme gegenüber dem Auslande eintönen, denn eine weitere Verelendung dieser Schichten im deutschen Reich würde eine geradezu verzwweifelte Stimmung hervorrufen. Wenn Deutschland hier unerlässliche Pflichten zu erfüllen hat, kann es nur begrenzte Mittel für Reparationszwecke zur Verfügung stellen, und es muß endlich einmal die klare Richtung wieder gewonnen werden, die im Dawes-Gutachten erklärt, daß Deutschland nur aus den Heberzahlungen seiner Weltwirtschaft reparieren kann. Das sind Worte, die man nur unterschreiben kann.

In der Gewerkschaftsbewegung war das vergangene Jahr ein Erinnerungsjahr, zugleich aber ein erneutes Bekenntnis für unsere gerechte Sache. Der freudige Widerhall der aus allen Ecken aus Anlaß des 60-jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkschaften erscholl, muß sich auch auf das neue Jahr übertragen. Die Welle der Begeisterung, getragen von Männern mit Mut und Entschlossenheit muß überall Einzug halten, die Herzen erwecken zum Kampf der Gleichberechtigung der deutschen Arbeiterklasse. In diesem Sinne wünschen wir allen Mitgliedern und Freunden unserer Gewerkschaftsbewegung

Ein recht frohes und gesundes Jahr.

Der letzte Akt im Ruhrkampf.

Das Drama an der Ruhr ist beendet, langsam fentt sich der Vorgang nach Abrolung des letzten Aktes über ein Schauspiel, bei dem die Darsteller auf Beifall verzichten müssen. Das Nachspiel vor dem Reichsarbeitsgericht, das am 20. Januar stattfinden soll, hat heute nicht mehr die Bedeutung, da der Kampf beendet ist. Der Hauptstreit liegt nur noch in der Rechtsfrage, ob sich das Reichsarbeitsgericht dem Urteil des Duisburger Landesarbeitsgerichts anschließen wird, wonach der Schlichter befugt sei, einen rechtsgültigen Schiedspruch allein ohne die Stimmen der Beteiligten zu fällen. Wir können uns versagen, auf diese Frage näher einzugehen, da an unserer Rechtsauffassung sich nichts geändert hat. Sollte wider Erwarten, was kaum anzunehmen ist, das Reichsarbeitsgericht zu einer gegenteiligen Entscheidung kommen, dann ist es Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums auf dem schnellsten Wege Sicherungen zu schaffen, die eine einwandfreie Rechtsauffassung im Schlichtungswege verbergen. Wir haben eingehend über die Vorgänge des Kampfes in der nordwestlichen Eisenindustrie berichtet, bis zu dem Zeitpunkt, indem die Parteien sich ohne Vorbehalt einer Entscheidung des sozialdemokratischen Innenministers Severing unterworfen, ohne daß die wußten, wie der zu fallende Schiedspruch ausfallen würde. Diese Entscheidung ist nun am 21. Dezember gefallen. In der Nummer 49 „Die Eisen“ vom 14. Dezember hatten wir bereits der Befriedigung Ausdruck gegeben, daß der vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärte Schiedspruch in unveränderter Form kaum in die Erscheinung treten dürfte. Durch den von Severing gefällten Schiedspruch sind unsere Befürchtungen weit übertrifft. Verschlechterungen sind eingetreten, wonach besonders die Facharbeiter fast leer ausgehen. Denn alle Arbeiter, die über 81 Pfg. Lohn pro Stunde haben, erhalten nach den Severingschen Schiedspruch keine Zulage. Die beste Klarheit über den großen Unrechtsakt der beiden Schiedsprüche erlangt man, wenn man die beiden Entscheidungen gegenüberstellt.

Der Schiedspruch Severings.

Für die Zeit von der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 31. Dezember 1928 regelt sich die Entlohnung nach dem für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 27. Oktober 1928.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1929 erhalten die im reinen Zeitlohn beschäftigten Arbeiter im Alter von über 21 Jahren eine nicht akkordfähige Zulage nach Maßgabe einer besonderen Tabelle, in der Zulagen von 1 bis 6 Pfennig je nach dem bisherigen Zeitlohn gewährt werden.

Die Zulage beträgt für die unterste Klasse 6 Pfg. pro Stunde und in der obersten Klasse 1 Pfg., so daß in den untersten Klassen künftig 67 Pfennig und in der höchsten Klasse 71 Pfennig zu zahlen sind. Die Entlöhne bleiben unverändert. Die sozialen und sonstigen tariflichen Zulagen werden durch diese Regelung nicht berührt.

Die Akkorde sind so anzulegen, daß der Durchschnittsarbeiter bei gesteigerter Leistung unter normalen Betriebsverhältnissen 15 Prozent über den Tariflohn der entsprechenden Gruppe hinaus verdienen muß.

Für die Dauer der Arbeitszeit sind die gesetzlichen Vorschriften maßgebend, soweit sie nicht durch die Arbeitsvereinbarung dieser Entscheidung oder durch eine spätere Vereinbarung der Tarifvertragsparteien in zufälliger Weise abgeändert werden.

Die Wirkung vom 1. Januar 1929 wird die Arbeitszeit für alle Arbeiter, die 40 Stunden arbeiten, allmählich auf 37 Stunden in der Woche verkürzt. Die Arbeiter in den beschriebenen Spezialbetrieben wie Gießereien, Schweißereien usw. nach einer besonderen Vereinbarung, die im Schiedspruch festgelegt wird. Abregelungen aus Anlaß des Lohnkonfliktes sind unzulässig.

• Dämmerung.

Angesichts der Vorgänge in dem Kampfe der nordwestlichen Eisenindustrie ist ein Artikel beachtenswert, der unter dem Titel „Es wird Zeit!“ in der Wirtschafts-Zeitung „Ruhr und Rhein“, Organ der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Weser, Essen und Krefeld im 1. Heft 1929 enthalten ist. Dort heißt es:

„Die landläufige, aus der Psychose der letzten Jahre erkläre Antwort der Wirtschaft wird lauten: Das geht nicht! das ist unmöglich! Die Produktion ist schon zu groß, wir haben keinen Absatz mehr! Die Preise werden kaum die überhöhten Selbstkosten! Das ist für den Augenblick richtig und doch für Dauer falsch. Gerade diese Resignation, die passive Rolle dem äußeren Druck gegenüber gilt es zu überwinden. Die Privatwirtschaft darf und kann sich nicht den Gang ihrer Entwicklung von außen aufzwingen lassen. Mit stolzer Genugtuung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre ständige Aktivität Lohnerhöhungen von mehr als 5 Milliarden Mark durchgesetzt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohnerhöhungen durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung der Währung zu weit zurückgeblieben. Es herrscht aber ebenfalls kein Zweifel darüber, daß ein nicht geringer Teil dieser 5 Milliarden das wirtschaftlich gerechtfertigte Maß überschritten und ganz wesentlich zur heutigen Notlage der deutschen Wirtschaft beigetragen hat. Die Wirtschaft hat sich alle diese überhöhten Lohnforderungen bisher unter mehr oder minder starken Protesten gefallen lassen und unter dem Zwang des Lohnbruchs erst hinterher nach Auswegen der Preiserhöhung oder Rationalisierung gesucht.

Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene zielbewusste wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet habe.

Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften: das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preislenkung, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft beseitigt werden. Wenn Lohnerhöhungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, d. h. Absatzverminderung.

Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist umso geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preislenkung beschritten wird.

Umso mehr wird auch die Privatwirtschaft auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen können: die öffentliche Meinung, die sofort erkennen wird, daß eine Preislenkung ganz anders der Allgemeinheit zu nutzen geeignet ist, als eine Lohnerhöhung für die eine oder andere Arbeitergruppe. Auf die Bedeutung von Preislenkungen für die allgemeine Lebenshaltung, die Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten, die Erschwerung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr und den Druck, den wir durch billige Preise indirekt auf die Reparationsfrage auszuüben vermögen, sei nur durch diese Stichworte hingewiesen. Psychologisch wäre gleichzeitig den Gewerkschaften der in der Agitation beliebte Glorienschein genommen, sie wären mit ihrer einseitigen und rücksichtslosen Interessenspolitik die eigentlichen Väter der Rationalisierung, wofür ihnen Dank und Anerkennung zustehe, ein Trugschluß von verheerenden Folgen für die Allgemeinheit, den wir an dieser Stelle nicht zu widerlegen brauchen.

Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings eins in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereitschaft, den Willen und die Entschlußkraft, auch ohne die Möglichkeit sofortigen Preisausgleiches erhöhtes Risiko tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen. Die Wirtschaft ist von dem allgemeinen Streben, Gefahren und Verluste zu vermeiden, das — in den Kriegs- und Inflationszeiten wurzelnd — seinen sichtbarsten Ausdruck in der Ueberpannung des Versicherungsgedankens findet, nicht völlig unberührt geblieben.

Bei aller Wertschätzung der wirtschaftlich gesunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisvereinbarungen, Konventionen usw., steckt in diesen Bindungen doch zugleich der Gedanke der Versicherung auf Gegenseitigkeit, der in Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Durchhalten lebenswichtiger Glieder begrüßt, als Dauererscheinung aber zu einer Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen muß, die sich mit einer kraftvollen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft nicht verwohren läßt.

Es wird aus den verschiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft versucht, diese Krüden nach und nach abzuwerfen und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Reinigungsfrist der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamm abgetragen. Eine

weitere Auslese wird folgen. Sie wird von den gesunden und lebenswerten Kräften um so besser überwunden werden, je eher sie kommt, und je schärfer sie bewußt herbeigeführt wird.

Leben ist Kampf. Den Kampf der Wirtschaft untereinander beseitigen zu wollen, ist allmählicher aber sicherer Untergang; ihn aufzunehmen und durchzuführen ist Leben und Fortschritt. Noch ist es der Privatwirtschaft möglich, ihr Schicksal selbst zu formen und zu gestalten; möge sie den Entschluß und die Kraft dazu finden, bevor die Entwicklung über sie hinwegschreitet. Es wird Zeit!

Diese Ausführungen erwecken den Anschein, als ob auch in Unternehmerkreisen eine gewisse Dämmerung eingetreten ist, daß man mit dem bisher betonten Machtwillen die deutsche Wirtschaft nicht vorwärts bringt.

Vermehrung der Produktion und Senkung der Preise, das sind Worte, die man aus diesen Kreisen nicht oft zu hören bekommt. Der Urteil enthält eine offene Kampfanfrage an den Kartellgedanken. Es wird gut sein, diese Ausführungen mit wenig Optimismus aufzunehmen. Es hat immer Zeiten gegeben, in denen auch aus Unternehmerkreisen objektive Beurteilungen der Wirtschaft erfolgen, doch sind es meist weiße Raben gewesen. Wir wollen daher uns heute jeder Betrachtung enthalten, wollen vielmehr abwarten, ob den Worten die Taten folgen werden.

Zum Mantelvertrag.

Nachdem seitens der Arbeitnehmer dem Arbeitgeberverband eine Vertragsvorlage überreicht worden ist, hat dessen Vorstand auch seinerseits den Arbeitnehmerverbänden eine Vorlage überreicht. Die Unternehmer haben für ihre Vorschläge in der Hauptsache die Vertragsbestimmungen gewünscht, deren Änderungen auch arbeitnehmerseits gewünscht wird, nur im entgegengesetzten Sinne. In der Arbeitszeit verlangen sie auf Anordnung der Unternehmer die Leistung von drei Ueberstunden pro Woche. In der Lohnfrage soll der Lohn der Musikinstrumentenmacher um 12 Prozent niedriger sein.

Arbeitszeit soll auf Verlangen der Betriebsleitung geleistet werden. Montagsarbeit soll nur gezahlt werden, wenn die Arbeit mehr als sechs Stunden dauert. Bei den Ferien soll der Anspruch erst erfüllt sein, wenn der Arbeiter sechs Monate ununterbrochen im Betriebe beschäftigt gewesen ist. Dafür soll die Feriendauer von 4 bis 7 Tage auf 3 bis 6 Tage verkürzt werden. Der Betriebsvertrauensmann in den kleinen Betrieben soll ganz verschwinden.

Die Kollegen ersehen aus den Wünschen der Unternehmer, daß sie alle Ursache haben für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen. Die ersten Verhandlungen beginnen am 9. Januar in Nürnberg.

Der Kampf auf den Schiffswerften beendet.

Der gefällte Schiedsspruch fand wiederum nicht die Zustimmung einer der Parteien. Darauf hat der Reichsarbeitsminister von seinem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht und den Spruch für rechtsverbindlich erklärt. Damit ist die Bahn für die Wiederaufnahme der Arbeit frei gemacht. Dieser Kampf, der bereits 14 Wochen dauert, ist mit seltener Hartnäckigkeit geführt worden. Die Arbeiter müssen auch hieraus ihre Lehren ziehen.

Frühjahresturs auf der Volkshochschule Gomburg b. Schwab. Hall.

Die Volkshochschule Gomburg, die ausschließlich der Arbeiterbildung dient, beendet an Weihnachten ihren Winterkurs. Der nächste 3½ Monate dauernde Kurs beginnt Mitte April und dauert bis Ende Juli 1929.

Der Unterricht, für den drei ständige Lehrer und mehrere Gastlehrer zur Verfügung stehen, umfaßt folgende Gebiete:

- Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht;
- Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; Gesundheitsfragen;
- Festgestaltung, Fragen der Kunst, Literatur und Musik;
- Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache.

Die Bewerber, die das 18. Jahr zurückgelegt haben sollen, mögen in ihrer Bewerbung ihre besonderen geistigen Interessen darlegen und einen Lebenslauf beifügen.

Die Kurskosten betragen 250,— Mk., Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. In besonderen Fällen kann Ermäßigung und Stundung gewährt werden.

Anmeldungen bis spätestens 1. März 1929 an die Volkshochschule Gomburg; Hall. Würtl.

Der gelbe Bädereffektenbund nicht tariffähig!

Bereits am 22. September 1921 hatte der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates dahingehend entschieden, daß der Bädereffektenbund nicht als tariffähige wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern des Bädereffektengewerbes anzuerkennen sei. Die Vereinigung rief zu einer nochmaligen Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums an, um zum Ziele zu gelangen.

Seitens des Reichsministeriums wurde die Angelegenheit nochmals dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen, der einen Unterausschuss des Verfassungsausschusses mit der Nachprüfung betraute.

In eingehenden Beratungen nahm dieser Ausschuss unter Anhörung von Sachverständigen zu der Frage Stellung und gelangte am 19. Oktober zu nachfolgendem wiedergegebenem Entscheid:

„Der Unterausschuss des Verfassungsausschusses hat die ihm von dem Reichswirtschaftsminister überwiesene Beschwerde der Reichsverbände nationaler Gewerkschaften gegen den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates vom 22. September 1921; den Bund der Bäder- (Konditor-) Gesellen Deutschlands als tariffähige Vereinigung (wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung) nicht anzuerkennen, einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Es hat in diesen neuen Verhandlungen ein umfangreiches Material vorgelegen, aus dem zu schließen ist, daß der Bund die für den sozialen Gegenstand erforderliche geistige und materielle Unabhängigkeit von Arbeitgeberseite nicht besitzt. Dem Bunde ist es nicht gelungen, dieses Material zu entkräften und den Beweis seiner völligen Unabhängigkeit zu führen. Infolgedessen hat der Unterausschuss mit 9 gegen 2 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen:

„Es besteht keine Veranlassung, den Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses vom 22. September 1921 abzuändern oder aufzuheben.“

Bei der Abstimmung haben die 5 Mitglieder der Abteilung 2 geschlossen für den Beschluß gestimmt. Von der Abteilung 1 haben 1 Mitglied für, 2 Mitglieder gegen den Beschluß gestimmt, 2 Mitglieder haben sich der Stimme enthalten; von der Abteilung 3 waren nur 3 Mitglieder anwesend, diese haben für den Beschluß gestimmt.

Die beiden Mitglieder, die sich der Stimme enthielten, erklärten hierbei, daß sie bei der ihnen geboten scheinenden neuen Prüfung des Gesamtstandes die bisher erhobene Beweise nicht für hinreichend hielten, dem Bunde abschließend die mindestnotwendigen inneren und äußeren Voraussetzungen für die selbständige Wahrnehmung der Interessen der Bäder- (Konditor-) Gesellen Deutschlands abzusprechen, wobei nicht außer acht zu lassen sei, daß es sich nicht allein um die Fähigkeit zum Abschluß von Tarifverträgen handele, die für allgemein verbindlich erklärt werden können, sondern auch um andere an die Anerkennung als wirtschaftliche Vereinigung geknüpfte Berechtigungen sozialpolitischer Art. Sie erklärten hierbei nicht zu verkennen, daß andererseits auch hinreichende Tatsachen zum Beweis der notwendigen Unabhängigkeit nicht beigebracht seien, vielmehr gewisse, vom Reichswirtschaftsrat erhobene Momente gegen die Befähigung einer solchen Unabhängigkeit sprächen.

Ob sich die gelben Herrschaften nun mit dem Gutachten zufrieden geben, darf bezweifelt werden. Sie setzen ihre Hoffnungen auf die Arbeitsgerichte.

Aus den Ortsvereinen.

Nachen. Der hiesige Ortsverein der Holzarbeiter hielt am 29. Dezember im Lokale Wilbert seine ordentliche Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Renkens begrüßte die Erschienenen und widmete dem verstorbenen Kollegen Weder einen warmen Nachruf. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Eintretend in die Tagesordnung erstattete Kollege Haupts eingehenden Bericht über die neueren Beschlüsse der Haupt- und Bezirksleitung. Längere Ausführungen machte der Referent über den Zweck der Bezirksreferentverfassung Düsseldorf. Es wurde beschlossen dem Antrag auf Erhöhung der Beiträge für die Bezirksreferentkasse nicht zuzustimmen, vielmehr den Beitrag für die Hauptkasse um 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen und den Beitrag für die Lokalkasse um 10 Pfg. herabzusetzen. Des weiteren wurde die durch den Tod des Kollegen Weder neuzubefüllende Stelle des Sekretärs einer eingehenden Aussprache unterzogen, in der unter andern die Ausschreibung der Stelle gefordert wurde. Dabei kam der allgemeine Wunsch zum Ausdruck, den Kollegen Frömmichen wieder auf dieser Stelle zu sehen. Punkt Vorstandswahl ergab die einmütige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Des weiteren wurden innere Vereinsangelegenheiten und Betriebsverhältnisse erörtert. Der Vorsitzende forderte zur regen Verarbeitung auf. Mit dem Wunsche, daß das neue Jahr sich günstiger gestalten möge, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Nachn. Der hiesige Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften, welcher sich unter der Leitung seines vorzüglichen Führers des Arbeitersekretärs Wilhelm Beder in den letzten Jahren trotz der schweren wirtschaftlichen Depression im hiesigen Bezirk einer sehr schönen Weiterentwicklung erfreute und die Gründung mehrerer Ortsvereine wie Fabrik- und Handarbeiter, Textilarbeiter-Eiendorf u. a. m. vornehmen konnte wurde in den letzten Tagen von einem schweren Schicksalsschlag heimgesucht. Infolge übergroßer Belastung und unter Hingabe seiner ganzen Tatkraft suchte unser Arbeitersekretär alle Lücken auszufüllen, welche unserer Bewegung entstanden und verdrückte allem Herr zu werden, bis der Zug des Unheils auch ihn erfaßte und eine tödliche Krankheit (Lungenentzündung) ihn ans Bett fesselte, von der er nicht wieder genesen sollte. Bis zum letzten Atemzuge nur der Gewerkschaftsbewegung gewidmet und mehr an diese, wie an Frau und Kinder denkend, raffte der Tod ihn Samstag, den 22. Dezember 1928 vor den schönen Weihnachtstagen dahin. Mit ihm scheidet ein Glied der hiesigen Gewerkschaftsbewegung aus dem Leben, welches für dieselbe unerlässlich ist, und war die Anteilnahme daher auch von allen Seiten sehr groß. Der beste Beweis dafür wurde erbracht bei seinem letzten Geleit und nahmen nicht weniger als 1000 Personen daran teil. Vertreter aller Behörden, Ortsvereine und nicht zuletzt der Spitzenverbände aller Richtungen waren vertreten. Unter Vormarsch einer Musikkapelle folgten die Deputationen mit ungefähr 50 Kränzen und hatte die Gemeinde Eiendorf eine Beerdigung seltener Art zu verzeichnen, wie man es bei jedem Sterblichen nicht gewohnt ist. Kollege Karl Hartmann-Duisburg hielt die Grabrede. Der ganze Trauerzug stand unter dem Banner der vorzüglichen Worte unseres früheren sehr bewährten Bezirksleiters. In großen Jüngen streifte Redner den ganzen Lebenslauf und die Hilfsbereitschaft des Verstorbenen gegenüber allen Mitleidigen und besonders den Armen der Armen und gab dieses Veranlassung zu einer nachherigen Versammlung im Totale Heiliger an der Kirche, in welcher der Kollege Hartmann ein Referat an die Vertreter der einzelnen Ortsvereine mit großem Erfolg hielt und nahm jeder Teilnehmer ein etwa sehr agitatorisches mit nach Hause und hatte somit der Kollege Hartmann die Herzen aller anwesenden Kollegen für sich gewonnen, da er es vorbildlich verstand, den hiesigen Bezirksleiter in jeder Beziehung zu erregen. Wenn auch dem Ortsverband Nachen ein schwerer Verlust entstand durch das Scheiden eines aufrichtigen Führers, so haben doch alle Kollegen die Überzeugung, daß der Verstorbenen weiter lebt unter uns im Geiste und wird die von ihm gestreute Saat fruchtbringend wirken in der Zukunft zum Wohle und Gedeihen unserer Bewegung. Sein Scheiden beklagen wir aufs Tiefste und werden ihm ein Andenken bewahren für alle Zeit. Den Lebenden rufen wir zu: Schaffet fort am guten Werke, mit Besonnenheit und Stärke, denn nur dem gebührt die Freiheit und das Leben der täglich sie erobern usw.

Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften Nachen und Umgebung. (H.-D.)

„Der werdende Wirtschaftsbürger.“

Betrachtungen und Forderungen. Schritt des Gewerkschaftsbundes der Angehörigen Nr. 45 von Max Köpfiger, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Broschüre Preis RM. 1.— Siebenstädte-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin RM. 6.

Die programmatische Veröffentlichung zeichnet u. a. die „Entwicklung von der Einzelwirtschaft zur sozialen Gemeinschaft“ auf, betrachtet sie mit den Augen des volkswirtschaftlich und sozial denkenden Arbeitnehmers, übt Kritik an den herrschenden sozialen Verhältnissen und sieht die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie als eine Zwangsläufigkeit und eine Schicksalsfrage für die deutsche Wirtschaft an. Bei der Demokratisierung der Wirtschaft handelt es sich aber nicht um eine einfache Ubergangserscheinung zu einem bestimmten Wirtschaftssystem wie etwa das sozialistische. Mit Nachdruck muß betont werden, daß der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie die Freimachung aller individuellen Kräfte wolle und daraus nicht die möglichst schnelle Ubergangsform möglichst vieler Wirtschaftsbetriebe in staatliche Hände bezwecke. Die Wirtschaftsdemokratie wolle auch die Staatsbürokratie umformen. Nicht der übertriebene Verwaltungsstaat sei ihr Ziel, sondern der Volkstaat, in dem die gegenseitige Anerkennung der Rechte der einzelnen Volksglieder ein Hindernis für staatlicher Verwaltungsarbeit und Berufstätigkeit gestalte. Die Durchsetzung der einzelnen sei eine sekundäre Frage. Die Hauptfrage bleibe die Bewegung um die Wirtschaftsdemokratie. Sie sei ein Kulturkampf in des Wortes wirtschaftlichen Bedeutung.

Wirtschaftsdemokratie sei die Summe der Maßnahmen, die im Lande haben, die Arbeitnehmer mitbestimmend und mitbestimmend mit allen Wirtschaftsvorgängen zu verknüpfen. Diese Verknüpfung müsse sich in den Betrieben, in den Gewerkschaften der verschiedenen Wirtschaftszweige, in den Wirtschaftsorganen selbst und sich auch auf das Land ausbreiten und die allgemeine staatliche Wirtschaftspolitik beeinflussen. Dazu müßte das Gebiet der unmittelbaren Wirtschaft der Arbeiter der verschiedenen Wirtschaftszweige in der ersten Reihe des Bedenkens stehen. Von dem Grad dieser Verknüpfung mit den Wirtschaftsvorgängen hänge das Arbeitsleben der Arbeiter ab. Die

Die Beitragswochen für das Jahr 1929.

(Aus schneiden, aufheben und beachten).

Vom	5. Januar	11. Januar	1. Beitragswoch
"	12.	18.	2.
"	19.	25.	3.
"	26.	1. Februar	4.
"	2. Februar	8.	5.
"	9.	15.	6.
"	16.	22.	7.
"	23.	1. März	8.
"	2. März	8.	9.
"	9.	15.	10.
"	16.	22.	11.
"	23.	29.	12.
"	30.	5. April	13.
"	6. April	12.	14.
"	13.	19.	15.
"	20.	26.	16.
"	27.	3. Mai	17.
"	4. Mai	10.	18.
"	11.	17.	19.
"	18.	24.	20.
"	25.	31.	21.
"	1. Juni	7. Juni	22.
"	8.	14.	23.
"	15.	21.	24.
"	22.	28.	25.
"	29.	5. Juli	26.
"	6. Juli	12.	27.
"	13.	19.	28.
"	20.	26.	29.
"	27.	2. August	30.
"	3. August	9.	31.
"	10.	16.	32.
"	17.	23.	33.
"	24.	30.	34.
"	31.	6. September	35.
"	7. Septbr.	13.	36.
"	14.	20.	37.
"	21.	27.	38.
"	28.	4. Oktober	39.
"	5. Oktober	11.	40.
"	12.	18.	41.
"	19.	25.	42.
"	26.	1. November	43.
"	2. Novbr.	8.	44.
"	9.	15.	45.
"	16.	22.	46.
"	23.	29.	47.
"	30.	6. Dezember	48.
"	7. Dezbr.	13.	49.
"	14.	20.	50.
"	21.	27.	51.
"	28.	3. Jan. 1930	52.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Für pünktliche Entrichtung der Beiträge ist überall Sorge zu tragen.

Freude durch Einräumung des Rechtes auf Mitgestaltung und Mitverantwortung zu wecken, sei die größte Aufgabe eines modernen Gesellschaftstaates.

In diesem Sinne ist auch ein weiterer Beitrag über das augenblicklich aktuelle Thema des modernen Arbeitsrechts gehalten. Kritisch wird darin u. a. bemerkt, daß die manchesterlich-liberale Wirtschaftsauffassung zwar brutal, aber immerhin ehrlich gewesen sei, solange sie unter freier Wirtschaft freie Konkurrenz auf jedem Gebiete verstanden hätte. Mit der Aufgabe des Grundgesetzes der freien Konkurrenz im Wirtschaftsleben unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung dem Arbeitnehmer gegenüber, würde sie aber zur Lüge werden. Das moderne Arbeitsrecht müsse wie alle Sozialpolitik überhaupt bewusster Ausgleich für die Anforderungen der modernen Wirtschaftsweise an den Menschen sein. Der Kampf erschöpfe sich nicht in der Erreichung einer primitiven „Sicherheit“, sondern wäre ein Ringen um das Recht des jetzigen „Arbeitsmenschen“ zum Wirtschaftsbürger mit dem Endziel der „höherwertigen Lebensform“ in allen Schicksalstagen.

Das Büro des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Ortsverein Danzig

befindet sich Hintergasse 161.

Geöffnet: täglich von 8,30 bis 1 Uhr, und nachmittags von 3,30 bis 6,30 Uhr.

Außerdem ist am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend je ein Vorstandmitglied von 1,30 bis 6,30 Uhr zu sprechen.

Zusatzleistungen von Unterführungen jeden Sonnabend von 1,30 bis 6,30 Uhr.

Anseren Kollegen
Hermann Schwiblowski
 nebst Gemahlin, sowie
Leo Lieb nebst Gemahlin
 zu ihrer Vermählung nachträglich die besten Glück- und Segenswünsche.
 Der Vorstand und die Kollegen des Ortsvereins Danzig.

Anseren verehrten Kollegen
Julius Becker
 und
Hans Krüger
 nebst ihren lieben Bräuten
 zu ihrer im Dezember stattgefundenen
Vermählung
 die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
 Möge stets alles blühen und gedeihen.
 Die Kollegen
 des Ortsvereins d. Holzarbeiter Elbing.

Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettentröpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

Buchnummer	Name der Verstorbenen	Name des Vereins	Bezahltes Sterbegeld		
			Duisburg	Frankfurt	Brechenhoff
17012	Lappert Oswald	Hegnitz	38	—	—
1896 b	Gottschalk Anna	Dresden	—	—	80
29674	Lönges Fritz	Duisburg	—	—	—
9297	Brückner	Breslau	60	—	—
2478 b	Ebert Margarete	Fürth	—	—	60
29251	Schneiderer Joh	Hamburg	85	20	—
4008	Dybala Anna	Berlin VII	75	—	—
320	Lieblicher Max	Berlin II	70	15	60
41	Freiheit Philipp	Ansbach	45	10	30
21611	Eckert Franz	Rögnigsberg i. Pr.	—	5	50
3744	Schmidt	Münsterberg	—	15	—

Mk. 1973 | 65 | 260

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 31. Dezember 1928.

M. Schumacher.